

OeNB- Marktkräfte und administrative Mechanismen beugen bei Eurobargeldumstellung gegen Preisanhebungen vor

Utl.: in der Publikationsreihe "Berichte und Studien",

Heft 2/2001, erschienen

Wien (OTS) - Die Einführung der Eurobanknoten und -münzen am 1. Jänner 2002 stellt den letzten Schritt zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) dar. Der für dieses Projekt erforderliche Aufwand ist eine sinnvolle Investition in die europäische monetäre Infrastruktur und trägt zur Förderung des langfristigen Wachstumspotenzials bei.

Ergänzend zum schon vorhandenen - eher technische und logistische Aspekte abdeckenden - Informationsangebot zur Eurobargeldumstellung hat die OeNB nunmehr eine umfangreiche Studie fertig gestellt, die sich vorwiegend mit ökonomischen Aspekten auseinandersetzt und Auswirkungen aus monetärer und realwirtschaftlicher Sicht untersucht. Mögliche Effekte auf die Preisentwicklung in Österreich stehen dabei besonders im Vordergrund. Nach Abwägung theoretischer Aspekte und empirischer Befunde kommt die Studie zu folgenden Ergebnissen.

Wert des Geldvermögens bleibt vollkommen unangetastet

Der Euro bringt eine rechnerische Umstellung auf eine neue Währung (Motto: "neues Geld, gleicher Wert"). Die Vermögen bleiben uneingeschränkt erhalten, die Ersparnisse werden in keiner Weise angetastet. Die Eurobargeldumstellung wird sich aus heutiger Sicht in einer Phase weitgehend stabiler Preise vollziehen. Das unabhängige Eurosystem (Europäische Zentralbank und die zwölf Nationalen Zentralbanken des Euroraums) ist dem vorrangigen Ziel der Preisstabilität verpflichtet und sichert damit die innere Stabilität des Euro.

Bargeldumstellung wird nur einen vorübergehenden Einfluss auf

die Geldmengenentwicklung in Österreich ausüben

Im Vorfeld der Eurobargeldumstellung geht bereits jetzt die

Bargeldnachfrage in Österreich zurück. Im Gegenzug wird die Liquiditätshaltung in Form von täglich fälligen Einlagen deutlich erhöht. Unsicherheiten, die mit der Einführung der neuen Währung in bestimmten Bevölkerungskreisen noch bestehen könnten, werden nach Einschätzung der OeNB nicht zu einer erhöhten Nachfrage nach Fremdwährungen und Sachvermögen (z. B. Immobilien, dauerhafte Konsumgüter) führen. Dagegen dürften vor allem Untereinheiten des Euro - wie der Schilling und die D-Mark - sowie möglicherweise auch Fremdwährungen (US-Dollar, Schweizer Franken), die in den mittel- und osteuropäischen Nachbarländern Österreichs gehalten werden, im Lauf des Jahres 2002 verstärkt bei österreichischen Banken in Euro gewechselt werden. Damit würde sich der österreichische Beitrag zur Bargeldmenge im Euroraum erhöhen.

Keine dauerhaften Inflationseffekte durch die

Eurobargeldumstellung

Bis Mitte 2002 erwarten die Prognosen für Österreich ein Abflachen der Inflationsrate auf unter 2%. Der Wegfall von Inflationseffekten durch die fiskalischen Maßnahmen in den Jahren 2000 und 2001, schwächer werdende Auswirkungen der Fleischkrise, die Beruhigung bei den Benzinpreisen sowie weitere Liberalisierungsschritte, werden den Preisauftrieb dämpfen.

Die Eurobargeldumstellung birgt theoretisch zwei potenzielle Quellen, über die Preisimpulse entstehen könnten. Einerseits die Überwälzung anfallender Kosten auf die Endverbraucherpreise, andererseits die Festlegung neuer psychologischer Schwellenpreise in Euro. In beiden Fällen erwartet die OeNB-Studie - untermauert durch illustrative Beispiele und Szenarienberechnungen sowie durch Befunde vergleichbarer internationaler Untersuchungen - keine nachhaltigen Preiseffekte in Österreich. Die Autoren der Studie gehen davon aus, dass die Kosten entweder bereits eingepreist sind oder infolge des teilweise intensiven Wettbewerbs temporär über eine verringerte Gewinnspanne absorbiert werden. Verstärktes Marketing und teils schon praktizierte Abrundungsgarantien großer Handelsketten lassen ferner erwarten, dass die Konvertierung in Europreise und die Festlegung neuer psychologischer Preise auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ebenfalls kaum Preisniveaueffekte generieren dürften. Derartige Preisrundungen können aber zu

Verschiebungen der relativen Preise (Verhältnis der Güterpreise zueinander) führen. Die Signalfunktion dieser Preise wird während der Gewöhnungsphase an das neue Europreisgefüge nur vorübergehend beeinträchtigt sein.

Ergänzend zu den Marktkräften werden administrative Maßnahmen sowie auch Initiativen verschiedener Organisationen preissteigernden Effekten gegensteuern. Auf österreichischer Ebene übernehmen diese Rolle das Euro-Währungsangabengesetz mit der Pflicht zur doppelten Preisauszeichnung vom 1. Oktober 2001 bis 28. Februar 2002 mit einem angeschlossenen laufenden Preismonitoring sowie verschiedene Kontrollmechanismen der Institutionen der Sozialpartnerschaft. Auch auf internationaler Ebene gibt es Vereinbarungen des Handels, die stabile Preise garantieren.

Wenn auch in der Öffentlichkeit vereinzelt Preissteigerungen mit der Euro bargeldumstellung in Zusammenhang gebracht werden, gibt es anhand der bis August 2001 vorliegenden Inflationsdaten auch in der disaggregierten Analyse keine systematischen Hinweise für derartige Preisimpulse.

Hälfte der Bevölkerung will Konsumgewohnheiten durch den Euro

nicht ändern

Meinungsumfragen belegen, dass die Hälfte der Bevölkerung die Einkaufsgewohnheiten infolge der Euro bargeldumstellung nicht ändern wird. 37% meinen, dass der Gewöhnungseffekt vorübergehend zu geringeren Ausgaben führen könnte. Für 13% wirkt die neue Währung aber als Nachfragestimulus. Kurzfristige Auswirkungen der Euro bargeldumstellung auf den gesamtwirtschaftlichen Konsum in Österreich sind jedoch schwer abzuschätzen und erlauben nur qualitative Vermutungen. Während die vorübergehend beeinträchtigte Signalwirkung der relativen Preise konsumdämpfend wirken dürfte, könnten hingegen stabile und durch Abrundungen teils niedrigere Preise zu steigender Nachfrage führen.

Mittelfristig positive Wachstumseffekte durch den Euro

Erhöhte Aktivitäten in einer Reihe von Branchen (Banken,

Transportsektor, Sicherheit, EDV, Werbebranche, Automaten) sollten jedenfalls stimulierend für die Volkswirtschaft wirken und temporär gesamtwirtschaftliche Wachstumseffekte zeitigen. Der Euro verbessert darüber hinaus die Bedingungen für ein inflationsfreies Wachstum. Das Wirtschaftswachstum lag in Österreich zwischen 1998 und 2000 bei durchschnittlich 3% p. a. und damit merklich höher als seit dem EU-Beitritt (1994 bis 2000: +2,4% p. a.). Diese günstigere Entwicklung lässt sich auch anhand weiterer Wirtschaftsindikatoren (z. B. Arbeitslosenquote, Budgetdefizit, Direktinvestitionen, Unternehmensgründungen, Exportquote, Lohnstückkosten) nachweisen.

Rückfragehinweis: Oesterreichische Nationalbank

Sekretariat des Direktoriums /
Öffentlichkeitsarbeit
Tel.Nr.: (1) 404 20 DW 6666
<http://www.oenb.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0053 2001-10-02/10:10

021010 Okt 01

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20011002_OTS0053